

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuß

39. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. September 1998, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Helmut Jacobs (SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Jost de Jager (CDU)

in Vertretung von Kläre Vorreiter

Ursula Röper (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Thorsten Geißler (CDU)

Fehlende Abgeordnete

Angelika Volquartz (CDU)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. 20. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	5
Drucksache 14/1340	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Universitätsklinik in Schleswig-Holstein (Änderung des Hochschulgesetzes)	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1357	
hierzu: - Niederschrift über die 30. Sitzung des Bildungsausschusses am 6. Mai 1998 - Antworten des Bildungsministeriums auf Fragen der F.D.P.-Fraktion, Umdruck 14/2190 - Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdrucke 14/ 2106, 14/2111, 14/2427 - Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Umdruck 14/2279	
3. Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert	9
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1539	
4. Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität	10
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1489	
5. Gleichbehandlung der Schularten	11
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1333	
6. Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft - Chancen, Risiken und Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein	12
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 14/1509	

7. Beteiligung schleswig-holsteinischer Bildungseinrichtungen an europäischen Förder- und Austauschprogrammen **13**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1358

8. Verschiedenes **14**

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**20. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei dem
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 14/1340

MDgt Dr. Bäumler nimmt zu den unter den Textziffern 4.9.1 bis 4.9.3 geschilderten Vorfällen Stellung. Verhaltens- und Leistungsdaten von Kindergartenkindern dürften nur mit Einverständnis der Eltern erhoben und an die das Kind aufnehmende Grundschule übermittelt werden (Ziffer 4.9.2). Konflikten über die Unterrichtung von Elternvertretern (Ziffer 4.9.3) solle mit der Einführung eines allgemeinen Widerspruchsrechts im Datenschutzgesetz begegnet werden, so daß Eltern die Unterrichtung der Elternvertreter über Angelegenheiten ihres Kindes bei entsprechender Begründung verweigern könnten.

Die Abgeordneten Dr. Rossmann, Schröder und Fröhlich wenden zu Ziffer 4.9.2 kritisch ein, Verzahnung und Austausch zwischen Kindergarten und Grundschule seien dringend erforderlich und gewünscht.

St Köster stellt klar, daß Daten über Kindergartenkinder nicht ohne Kenntnis und Zustimmung der Eltern gesammelt und in der Schullaufbahn verwendet werden dürften. Zum Thema der Beobachtung von Kindern würden in Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten in der neuen Grundschulordnung Aussagen getroffen. Die Einführung eines Widerspruchsrechts gesondert für den Schulbereich lehne die Landesregierung ab (Ziffer 4.9.3).

Auf Fragen von Abg. Fröhlich bekräftigt MDgt Dr. Bäumler seine Forderungen, die Beobachtung von Scientology durch den Verfassungsschutz nicht zuzulassen (Ziffer 4.3.1) - § 29 a des Datenschutzgesetzes habe sich in der Praxis bewährt - und in die Landesverfassung einen Artikel „Teilhabe an der Informationsgesellschaft“ und damit ein allgemeines Informationszugangsrecht der Bürger gegenüber der staatlichen Verwaltung einzuführen (Ziffer 3.1).

Der Ausschuß nimmt die in seinen Fachbereich fallenden Punkte des Tätigkeitsberichtes des Datenschutzbeauftragten zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Universitätsklinika in Schleswig-Holstein
(Änderung des Hochschulgesetzes)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1357

(überwiesen am 25. März 1998 an den **Bildungsausschuß** und den Sozialausschuß)

- hierzu: - Niederschrift über die 30. Sitzung des Bildungsausschusses am, 6. Mai 1998
- Antworten des Bildungsministeriums auf Fragen der F.D.P.-Fraktion
Umdruck 14/2190
 - Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdrucke 14/2106, 14/2111, 14/2427
 - Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Umdruck 14/2279

Der Antrag von Abg. Geißler, die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich mit den von den Koalitionsfraktionen als Tischvorlage eingebrachten neuen Änderungsanträgen, Umdruck 14/2427, zu befassen, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Sodann stellt Abg. Weber die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen vor, die gegenüber den bereits am 24. Juni 1998 vorgelegten Änderungsanträgen Veränderungen nur in den Nummern 7, 8 und 13 enthielten.

Für die CDU-Fraktion stellt Abg. Geißler deren Änderungsanträge vor (in III, § 122 Abs. 1 Nr. 5 muß es richtig heißen: „Institutsdirektoren“). Für wesentlich erachte die CDU die Forderungen, in § 121 Abs. 2 und § 126 Abs. 3 (aus verfassungsrechtlichen Gründen) eine Einvernehmensregelung statt eine Benehmensregelung vorzusehen, in den Vorstand den stellvertretenden ärztlichen Direktor aufzunehmen und den Vorsitz im Aufsichtsrat dem Rektor statt der Ministerin zuzugestehen. Über die Frage der Vertretung der Studierenden und der Gewerkschaften im Aufsichtsrat hätte man bei ausreichender Beratungszeit diskutieren können.

Abg. Fröhlich setzt sich mit den Forderungen der Gewerkschaften und Personalräte auseinander (siehe Anlage), denen man soweit wie möglich entgegengekommen sei. Der Aufsichtsrat sei um ein Mitglied einer der in den Klinika vertretenen Gewerkschaften erweitert worden (§ 124 Abs. 4 Nr. 9). Nach Ablauf der ersten Amtsperiode könne ein Personaldirektor Vorstandsmitglied sein (§ 122 Abs. 2 Nr. 2). Das Klinikum als Anstalt des öffentlichen Rechts der Hochschule trete der Arbeitsrechtlichen Vereinigung der Anstalten des Öffentlichen Rechts bei (§ 137 Abs. 6).

Abg. Dr. Klug signalisiert namens der F.D.P. Zustimmung zu den CDU-Anträgen. Er hält es für unabdingbar, daß grundlegende organisatorische und finanzielle Entscheidungen des Klinikums nur im Einvernehmen mit dem Fachbereich Medizin der Hochschule getroffen werden könnten (§§ 122, 126).

Abg. Dr. Rossmann weist darauf hin, daß der Gesetzentwurf in der veränderten Form nach Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes keinen verfassungsrechtlichen Bedenken begegne.

Die Nummern 1 und 13 der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, Umdruck 14/2427, werden einstimmig angenommen. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. werden die Nummern 2 bis 12 der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, Umdruck 14/2427, angenommen und die Nummern II bis VI der Änderungsanträge der CDU-Fraktion, Umdruck 14/2279, abgelehnt.

Der so geänderte Gesetzentwurf der Landesregierung wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1539

(überwiesen am 2. Juni 1998 an den **Wirtschaftsausschuß** und alle übrigen Ausschüsse)

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. beschließt der Ausschuß, die Beschlußfassung über den CDU-Antrag (Nr. 3, Bildung und Kultur) bis zur Vorlage eines entsprechenden Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen zurückzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität

Anträge der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1489

Umdruck 14/2355

(überwiesen am 3. Juli 1998 an den **Innen- und Rechtsausschuß**, den Bildungsausschuß und den Sozialausschuß)

Der Ausschuß kommt überein, sich an der gemeinsamen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses und Sozialausschusses zu beteiligen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Gleichbehandlung der Schularten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1333

(überwiesen am 26. März 1998)

Der Ausschuß kommt überein, die Beschlußfassung über den Antrag bis zur Abstimmung über die Anträge zum Haushalt 1999 zurückzustellen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft - Chancen, Risiken und Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1509

(überwiesen am 3. Juli 1998 an den **Wirtschaftsausschuß** und den Bildungsausschuß)

Eine Frage von Abg. Weber beantwortet St Köster dahin, eine konkrete begleitende, bewertende Multimedia-Forschung und eine Technikfolgenabschätzung sei ihr nicht bekannt. An allen Hochschulen des Landes seien Medienzentren gegründet oder angedacht, in Lübeck hochschulübergreifend. Die Wartung der schulischen EDV-Anlagen - damit greift sie eine Frage von Abg. Schröder auf - könnte mit Aufgabe von Schulassistenten sein.

Abg. Fröhlich betont die Notwendigkeit einer Technikfolgenabschätzung insbesondere mit sozialen Gesichtspunkten und problematisiert die Frage der Medienkompetenz der (älteren) Lehrkräfte.

Nach Mitteilung von MDgt Karpen sind inzwischen 3600 Lehrkräfte entsprechend fortgebildet worden.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Rossmann zur Entwicklung der Zahl der Ausbildungsplätze in den neuen IT-Berufen sagt St Köster eine schriftliche Darstellung zu. Auf eine weitere Frage von Abg. Dr. Rossmann teilt Dr. Stier mit, das Deutsche Forschungsnetz biete den Schulen in Deutschland bis zum Jahre 2000 den Zugang zum Internet für 7 Pfennig pro Minute an. Große Probleme gebe es bei der Finanzierung der dringend notwendigen Weiterentwicklung des Wissenschaftsnetzes.

Der Ausschuß nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Beteiligung schleswig-holsteinischer Bildungseinrichtungen an europäischen Förder- und Austauschprogrammen

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1358

(überwiesen am 25. März 1998 zur abschließenden Beratung)

Abg. de Jager problematisiert die Themen Ausbau des Austausches mit osteuropäischen Schülern, Studierenden oder Wissenschaftlern und die Inanspruchnahme der EU-Programme SOKRATES und ERASMUS.

St Köster macht deutlich, daß das Land die EU-Bildungsprogramme voll ausnutze und die entsprechenden Komplementärmittel zur Verfügung stelle. Ein stärkerer Austausch mit den baltischen Staaten und Polen scheitere an der Aufbringung der erforderlichen Mittel zur Begleichung von Reise- und Unterbringungskosten.

RD Hemming macht darauf aufmerksam, daß sich die Bildungsprogramme insgesamt besonders in der Studierendenschaft eines großen Interesses erfreuten und sehr wohl nachgefragt würden, Programmberatung und -information der Hochschulen allerdings weiter verbessert werden müßten.

Auch MDgt Karpen stellt als Hauptaufgabe des Landes die Notwendigkeit heraus, die Information und Beratung zu optimieren. Die Förderkriterien der Europäischen Union müßten dringend effizienter und nutzerfreundlicher ausgestaltet werden.

Abg. Schröder appelliert, im Bereich des Europäischen Sozialfonds nicht zu sparen.

Der Ausschuß nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dr. Klug möchte vom Bildungsministerium bis zur nächsten Sitzung wissen, ob die an der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein bestehende Berufsakademie die für die Anerkennung als Berufsakademie, deren Absolventen das Diplom als staatliche Abschlußbezeichnung verliehen werden könne (Typ II), erforderlichen Voraussetzungen erfülle.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

gez. Ole Schmidt

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführer